

## **Beschluss der norddeutschen CDU-Fraktionsvorsitzenden zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs**

*Glückstadt, 10. März 2014*

Bei einer Reform des Länderfinanzausgleichs (LFA) ist für die norddeutschen Fraktionsvorsitzenden das gesamtstaatliche Ziel der „Deckung der notwendigen Ausgaben“ und der „Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ für den Zeitraum nach 2019 maßgeblich. Daneben ist es für die norddeutschen Länder vordringliches Ziel, eine auskömmliche, dauerhafte und verlässliche Finanzausstattung zu erhalten, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Länder durch den Finanzausgleich zu gewährleisten.

Die Ausgewogenheit zwischen der Eigenstaatlichkeit der Länder und der bundesstaatlichen Solidargemeinschaft muss bei der Neuordnung des LFA gewahrt bleiben. Die derzeitigen Ausgleichsmechanismen des LFA bieten kaum Anreize, das eigene Steueraufkommen zu erhöhen; steigt das Steueraufkommen, greifen die Ausgleichsmechanismen überproportional. Und auch der Ausgleich sinkender Steuerkraft ist überproportional. Aus diesem Grund müssen im Rahmen der Neuordnung des LFA Anreize geschaffen werden, die eigene Steuerkraft zu erhöhen. Dies bedeutet, dass die Nehmerländer Anreize erhalten müssen, ihre Einnahmesituation zu verbessern, und gleichzeitig dürfen Einnahmesteigerungen der Geberländer nicht im Übermaß durch den LFA nivelliert werden. Der LFA muss als horizontales Ausgleichsinstrument zwischen den Ländern erhalten bleiben und sich weiterhin primär an der Finanzkraft der Länder orientieren.

Die strukturellen Herausforderungen der Länder, wie die geografischen Besonderheiten, die demografische Entwicklung und außerordentlichen infrastrukturellen Aufgaben, müssen berücksichtigt werden.

Die Norddeutschen Länder verbindet nicht nur die gemeinsame Kultur und Geschichte, sondern vor allem die Nähe zum Meer. Sie sorgen für die Bereitstellung und Instandhaltung der für die Exportnation Deutschland lebensnotwendigen Häfen und die dazugehörige Infrastruktur im Hinterland. Nur durch große Investitionen zum Erhalt und Ausbau der maritimen Infrastruktur kann Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dauerhaft aufrechterhalten werden. Die deutschen Seehäfen sind ein entscheidendes Glied in der internationalen Logistikkette. Rund 90 Prozent des interkontinentalen Warenverkehrs und etwa 40 Prozent des Binnenhandels der EU werden auf dem Seeweg abgewickelt. Gerade für exportorientierte Volkswirtschaften wie die deutsche, sind die Seehäfen von großer strategischer Bedeutung. Die besondere Belastung Norddeutschlands muss daher bei einer Reform des LFA berücksichtigt werden. Da der Bund und die Länder stark von den Häfen in Norddeutschland profitieren, halten die norddeutschen Fraktionsvorsitzenden Finanzhilfen des Bundes und der Länder für die Häfen auch über 2019 hinaus für dringend erforderlich und sachlich begründet.

Zudem sehen die norddeutschen Fraktionsvorsitzenden den Bund in der Pflicht, die Bundeshauptstadt stärker finanziell zu unterstützen. Berlin nimmt als Bundeshauptstadt, ähnlich wie in den USA Washington D.C., zahlreiche Bundesaufgaben wahr. Diese werden bislang durch die anderen Länder im Wege des LFA ausgeglichen. Berlin erhielt deswegen aus dem LFA im Jahr 2012 ca. 3,2 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anteil von ungefähr 40 Prozent der umverteilten Mittel; im ersten Halbjahr 2013 erhielt Berlin sogar 50 Prozent. Durch eine Herausnahme Berlins aus dem LFA würde sich die Karte von Geber- und Nehmerländern schlagartig ändern. Der Bund sollte daher die Länder von der Zahlung an Berlin in Höhe der Bundeshauptstadthilfe befreien.

Die norddeutschen Fraktionsvorsitzenden halten an der bisherigen erhöhten Einwohnerwertung der Stadtstaaten und der dünn besiedelten ostdeutschen Flächenländer fest. Sie folgt daraus, dass die Stadtstaaten und die dünn besiedelten ostdeutschen Flächenländer aus strukturellen Gründen höhere öffentliche Kosten pro Einwohner haben als die anderen Flächenländer. Diese höheren Kosten müssen im Rahmen des LFA besonders berücksichtigt werden.

46 Die finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Länder hängen auch von der Leistungskraft der Ge-  
47 meinden ab. Deswegen muss die Leistungskraft der Gemeinden weiterhin im LFA berücksichtigt  
48 werden.

49 Die norddeutschen CDU-Fraktionsvorsitzenden erachten folgende Grundsätze bei der Neurege-  
50 lung des Länderfinanzausgleiches ab 2020 für erforderlich:

51

52 1. Der Bund stellt jährlich eine Bundeshauptstadthilfe zur Verfügung. Diese speist sich aus dem  
53 Wegfall der Verpflichtungen des Bundes für den Solidarpakt II. Diese Bundeshauptstadthilfe  
54 wird der originären Finanzkraft Berlins zugerechnet. Die daraus resultierende Entlastung der  
55 anderen Länder soll zur Umgestaltung des LFA genutzt werden.

56 2. Die existierenden Ausgleichselemente des aktuellen LFA werden grundsätzlich beibehalten,  
57 in ihrer Wirkung aber neu organisiert. Der steile linear-progressive Tarifverlauf der bisheri-  
58 gen Ausgleichsmechanismen soll hierfür sowohl bei der Umsatzsteuerverteilung als auch  
59 beim LFA geglättet und die Progression abgeschwächt werden. Dies führt zu deutlich höhe-  
60 ren realen Effekten bei verbesserten Einnahmen der Geber- und Nehmerländern und steigert  
61 gleichzeitig den Anreiz, die eigenen Einnahmen zu erhöhen sowie die Finanzkraft der Ge-  
62 meinden zu stärken.

63 3. Die allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen werden in der derzeitigen absoluten Höhe  
64 fortgeführt. Die relative Ausgleichshöhe muss jährlich entsprechend der Rückführung des  
65 LFA angepasst werden.

66 4. Die im bisherigen LFA festgesetzte Einwohnerwertung der Stadtstaaten und der dünn besie-  
67 delten ostdeutschen Flächenländer bleibt erhalten.

68 5. Die vorhandenen Ausgleichsmechanismen sollen um ein Element erweitert werden, das der  
69 demografischen Entwicklung in den Ländern Rechnung trägt. Finanzielle Verluste allein  
70 durch den Bevölkerungsschwund und die Bevölkerungswanderung sollen so abgemildert  
71 werden.

72 6. Auch nach 2019 sollen besondere strukturelle Lasten, wie die Hafenlasten und der Küsten-  
73 schutz, einzelner Länder durch Sonderbundesergänzungszuweisungen aufgefangen werden.

74 7. Die einzelnen Elemente des neuen LFA sind so auszutarieren, dass kein Land überfordert  
75 wird. Insbesondere soll ein Teil der Entlastungen aus der Bundeshauptstadthilfe dafür ge-  
76 nutzt werden, finanzielle Verluste einzelner Länder, die sich allein aus den Tarifänderungen  
77 des LFA und der Umsatzsteuerverteilung und nicht aus einer unterdurchschnittlichen Fi-  
78 nanzkraftentwicklung ergeben, abzufedern.

79 8. Neben der Neugestaltung des LFA muss die Aufgaben- und Ausgabenverteilung zwischen  
80 Bund, Ländern und Gemeinden neu geordnet werden. Mischfinanzierungen sollen reduziert  
81 und in Zukunft möglichst vermieden werden. Aufgaben- und Ausgabenverantwortung sollten  
82 möglichst in eine Hand zusammengeführt werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir  
83 ausdrücklich, dass der Bund die vollständigen Kosten der Grundsicherung im Alter und bei  
84 Erwerbsminderung übernommen und Entlastungen bei den Kosten der Eingliederungshilfen  
85 und für die Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen zugesagt hat.

86 9. Bei der Neuordnung des LFA sind die Landesparlamente in angemessener Form in der Föde-  
87 ralismuskommission III zu beteiligen. Eine Beratung nur auf der Ebene der Ministerpräsi-  
88 dentenkonferenz lehnen wir ab.

89 10. Bei den weiteren Beratungen soll ergebnisoffen geprüft werden, ob und in welchem Umfang  
90 bei der Zerlegung und der Umverteilung der Gemeinschaftssteuern bei den Ländern Eigen-  
91 behalte verbleiben können.